



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Zustände in Preußen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Zustände in Preußen.

In dem Kampf der Gegensätze, welcher seit dem Schluß der Session durch Demonstrationen fortgeführt wurde, ist eine Pause eingetreten. Die Abgeordneten der Majorität sind in ihrer Heimath von den Wählern freudig begrüßt worden, haben ihren Bericht abgestattet und bereiten sich durch Correspondenz und stille Berathungen auf den Streit des nächsten Jahres vor. Die Deputationen, welche durch die Junkerpartei an das Hoflager des Königs befördert wurden, hängen langsam ihre Feströcke an den Nagel und suchen sich jetzt gegen die Angriffe zu wehren, mit denen ihre Nachbarn nicht sparsam sind.

Aber die letzten Wochen seit Entlassung des Abgeordnetenhauses sind bedeutsam für die nächste Zukunft Preußens geworden. Eine conservative Minorität hat sich fest organisiert und gerüstet, das gegenwärtige Ministerium zu erhalten, an ihrer Spitze die Hofpartei, die große Mehrzahl der höheren Offiziere, eine Anzahl Beamter und die Stimmführer des Landadels. Kleist-Regow ist jetzt einer von den stillen Rathgebern der Krone Preußens geworden. Und das Königthum in Preußen hat sich aller Vortheile, welche das Verfassungsleben der Krone darbietet, selbstwillig begeben, König Wilhelm hat seinen persönlichen Willen in der entschiedensten und ungewöhnlichsten Weise gegen die Majorität seiner Volksvertreter geltend gemacht, er selbst hat sein Volk aufgefordert, zwischen königlichem und parlamentarischem Regiment zu wählen. Und er hat dadurch dem politischen Kampf eine neue Grundlage und neue Zielpunkte gegeben.

Es handelt sich in Preußen jetzt durchaus nicht mehr um die Militärorganisation und zweijährige Dienstzeit, sondern darum, ob das Regiment nach dem zufälligen Willen der Majestät und nach den Einwirkungen der königlichen Umgebung, oder ob dasselbe in gesetzlichen Formen durch die Uebereinstimmung der Volksmajorität mit den höchsten Beamten der Krone geleitet werden soll.

Die Bemühungen des Königs, durch persönliche Einwirkung auf Einzelne die Herzen seines Volkes für einen Lieblingsplan zu gewinnen, werden sich als vergeblich erweisen. Der Preuze weiß recht wohl, daß sein König bei diesem gewagten Versuche nicht seinen eigenen Vortheil, sondern den des Staates vor Augen hatte; es ist dem Preuzen gar nicht gleichgültig, wenn man in ganz Europa die Parteinahme seines Königs für Unpopuläres mit dem egoistischen Widerstand des Kurfürsten von Hessen gegen die Verfassung auf gleiche Linie stellt; ja der Preuze gibt zu, daß sein König Beharrlichkeit und festen

Entschluß bewährt hat, um — nach bester Einsicht — eine Verstärkung der preußischen Macht durchzusetzen. Aber ebenso unumstößlich ist im preußischen Volk die Ueberzeugung, daß solches Geltendmachen einer persönlichen Ansicht dem König selbst und dem Staate neue und unübersehbare Gefahren bereitet habe. Der Beherrscher eines Staates, in welchem eine Volksvertretung bei Regelung des Staats Haushaltes und bei jedem Act der Gesetzgebung das Recht zu bewilligen und zu verweigern hat, kann die königliche Würde schon deshalb nicht als ein Agitationsmittel gegen die Majorität seiner Volksvertreter in den Kampf werfen, weil er bei solchem Agitiren allein, ohne Hülfe einer Partei gar nichts durchzusetzen vermag. Denn er hat mit organisirten Parteien zu rechnen. Vielleicht wider seinen Willen wird im Kampf gegen eine Richtung die andere sein Helfer. Unwiderstehlich machen sich Grundsätze und Zielpunkte solcher Bundesgenossen in seiner Umgebung geltend, sie verrücken ihm selbst die Stellung, und verändern, ohne daß er sich dessen bewußt wird, seine Regierungsprincipien, und, was weit wichtiger ist, ihre praktische Anwendung. König Wilhelm gewann seine Popularität, weil sein Volk die Hoffnung hatte, durch ihn von der Herrschaft einer vorurtheilsvollen, tief verhassten Hofcoterie erlöst zu werden. Er ist wenige Jahre nach dem Antritt seiner Regierung in die Lage versetzt, fast nur in den Kreisen des Junkerthums und unter den Schwachen, welche von diesem abhängig sind, Freunde und Anhänger seines Lieblingsplans zu finden; und die ganze unermessliche Unpopularität dieser Partei, aller Widerwille, Haß und Verachtung, welchen dieselbe während einer früheren Regierung gegen sich aufgeregt hat, legt sich jetzt erkältend und trennend zwischen den König und sein Volk. Hätte vor Jahren Jemand dem Prinz von Preußen, als derselbe zu Coblenz mit dem damaligen Oberpräsidenten der Rheinprovinz unter einem Dach wohnte, gesagt, daß er einst denselben Mann und seine Partei als die einzigen Helfer und Beförderer seiner Regierungsmaßregeln würde ertragen müssen, der Prinz hätte unwillig solche Ansicht abgewiesen. Und jetzt!

Für einen treuen Anhänger des erlauchten Hauses der Hohenzollern, für jeden, welcher ihre Erhebung aus der unsicheren Stellung ersieht, welche die letzten hilflosen Regierungen über den Staat gebracht haben, ist in dem gegenwärtigen Streit zwischen Krone und Majorität des Volkes, die Wahl der Partei zweifellos.

Denn die Frage, ob königlich, ob parlamentarisch, enthält in der gegenwärtigen Situation Preußens doch nur folgende Alternative: Soll die Krone Preußens mit Umgehung der gesetzlichen Factoren einen persönlichen Willen gegen die Majorität des Volkes durchsetzen, oder soll sie die Pflicht erkennen, ihren Willen nur so weit in That umzusetzen, als durch gesetzliche Transaction mit den Vertretern des Volkes möglich wird?

Die rechtliche Entscheidung der Frage ist unzweifelhaft. Preußens Verfassung bietet der Krone einen offenen, gesetzlichen Weg, feste persönliche Ueberzeugungen der regierenden Gewalt gegenüber einer Oppositionsmajorität geltend zu machen. Und dieser Weg heißt Auflösung der Kammern, Neuwahl des Abgeordnetenhauses. Haben die Berather der Krone die Ueberzeugung, daß eine Neuwahl keine günstigen Resultate geben werde, so wird es unräthlich, ein unzweifelhaftes Recht auszuüben, und der Krone bleibt übrig, die Wege ins Auge zu fassen, auf welchen eine aufrichtige Verständigung mit der Vertretung des Volkes möglich wird. Das heißt: sie muß einmal einen persönlichen Wunsch opfern, um ein höheres Gut zu bewahren, den Frieden und das herzliche Einverständniß mit ihrem Volk.

Für den Gebieter Preußens aber, wie für den praktischen Staatsmann, ist diese Frage nicht nur eine Frage des theoretischen Rechts, sondern ebenso sehr der Zweckmäßigkeit und des Vortheils. Und auch von diesem Standpunkt steht die gegenwärtige Regierung im Unrecht, und die Ereignisse des letzten Sommers haben ihr dies zur Genüge bewiesen. Preußen war fast plötzlich ein einflußreicher und gefürchteter Staat geworden, als unter der Regenschaft König Wilhelms das gute Einvernehmen zwischen Fürsten und Volk in Deutschland und Europa auffällig wurde. Fast zwei Jahre lang schien es, als sollte Preußen seine Stellung unter den Großmächten, welche Friedrich Wilhelm der Dritte an Kaiser Nikolaus und den Fürsten Metternich abgetreten hatte, wieder einnehmen. Das ängstliche Mißtrauen der Würzburger, die schlecht verhehlte Feindseligkeit Oestreichs, die Sorge Dänemarks, die Bewerbungen des Auslandes um Preußens Freundschaft folgten mit einer gewissen Naturnothwendigkeit den ersten Aeußerungen der neuen Kraft. Die deutschen Regierungen verharrten in unkräftiger Defensiv, schon die Ansicht, daß Preußen etwas unternehmen könnte, lähmte die Cabinet, begann das Volk zu erheben. Noch der Handelsvertrag mit Frankreich konnte unter der widerwilligen Connivenz der deutschen Regierungen geschlossen werden. Wie hat sich das verändert! Preußen ist auf eine ruhmlose Vertheidigung zurückgeworfen, Oestreich und die Würzburger sind zum Angriff übergegangen, der Handelsvertrag und der Bestand des Zollvereins sind in ernste Frage gestellt, die Stimme Preußens gilt im Rathe Europas gerade so viel als die eines deutschen Kleinstaates, die Sympathien der Deutschen und des gebildeten Europas sind der Regierung vollständig verloren, der Staat ist in eine Nichtachtung gesunken, wie sie während der Krankheit Friedrich Wilhelm des Vierten nicht größer war.

Und was trägt die Schuld? Man sage nur nicht, die Kurzsichtigkeit der Volksvertreter, und man sage nicht, das Auftauchen der alten feindseligen Demokratie! Wenn ein Privatmann sich mit solchen Phrasen täuschen will, so thut er es nur auf die Gefahr hin, sich selbst das Urtheil zu verwirren, wenn

eine Regierung sich damit täuscht, so thut sie es zu ihrem eigenen Verderben und zum Nachtheil ihres Staates. Aber diese Volksvertreter wollen den Staat wehrlos machen! Nun, die neue Organisation besteht ja factisch, und was die Volksvertretung gefordert hat, ist gar nicht Vernichtung, sondern gesetzliche Regelung derselben.

Preußen ist unzweifelhaft sehr wehrhaft und waffentüchtig. Außer den alten Regimentern exercirt eine beträchtliche Zahl neuorganisirter, das stehende Heer ist ja beinahe verdoppelt, man weiß im Ausland recht gut, daß alle diese Regimenter im Fall eines Krieges marschiren werden, wenn auch die Volksvertreter bei Bewilligung des Friedensetats Schwierigkeiten machen. Und diese Vermehrung des Heeres hat auf die Ansicht, welche die Regierungen von der Kraft Preußens haben, ersichtlich keinen Einfluß ausgeübt. Es ist also doch gar nicht eine militärische Schwäche des preussischen Staates, welche die gegenwärtige Nichtachtung veranlaßt. Und militärische Schwäche wäre auch nicht der Grund solcher Nichtachtung, wenn kein einziges neues Bataillon seine Konfirungskammer eingerichtet hätte. Denn die alte Landwehr, wie unvollkommen ihre Organisation sein mochte, galt in ganz Europa für ein volksthümliches Institut, für welches die Preußen große Opfer zu bringen gewöhnt waren. Jetzt hat das Ausland vor den neuen Regimentern auch nicht um einen Gran mehr Respect, als früher vor der Landwehrverfassung.

Ja gerade die neue Einrichtung, welcher der König sein herzliches Einverständnis mit dem Volke, den besten Theil seiner Popularität geopfert hat, mußte leider dazu beitragen, das Ansehen des Staates zu verringern. Und der Grund der Verringerung des Ansehens ist, daß bei dieser Organisationsfrage ein großes Ungeschick der Regierung in Behandlung des eigenen Volkes, Nichtachtung seiner Wünsche und Bedürfnisse, veraltete und gefährliche Sympathien für die privilegierten Classen, zu Tage gekommen sind. Ganz Europa weiß nach Behandlung dieser Frage, daß es von der gegenwärtigen Regierung wenig zu fürchten und wenig zu hoffen hat. Eine Regierung, welche in Unfrieden mit ihrem Volke lebt, die Krone, welche gegen die Majorität der Volksvertreter ein unpopuläres Ministerium aufrecht erhält, sind schwach und hilflos, und wenn eine Million Soldaten für sie exerciren und in hundert Cadettenhäusern armer Adel in Bescheidenheit, Loyalität und Christenthum unterrichtet wird.

Die Deutschen sind ein gutes Volk, leicht zu regieren, leicht für die Idee ihres Staates zu begeistern, und in solcher Begeisterung der größten Opfer fähig, aber wer mit ihnen auskommen will, muß verstehn, sie zu erwärmen. Er muß die neuen Wünsche und Forderungen, welche jede Zeit heraustreibt, zu seinen eigenen machen, und was darin für das Gemeinwohl nachtheilig werden könnte, dadurch abschneiden, daß er sich selbst an die Spitze solcher Bewegung stellt,

mit der Kraft sie zu leiten. Wer solche reformatorische Thätigkeit nicht mit seiner Natur vereinigen kann, und es ist nicht seine Schuld, wenn ihm das unmöglich wird, der vermag durch unbefangene Schätzung der Persönlichkeiten, welche in seinem Volke Geltung gewinnen, sich leicht die Männer zu gesellen, welche im Verein mit ihm das schaffen helfen, was sein Volk erhebt, das Gefühl des Fortschritts und junger Kraft in ihm wach erhält. Wer den Deutschen nicht selbst und nicht durch seine Minister solche Wärme mitzuthemen weiß, der wird gerade dies gemüthvolle Volk herabdrücken zu kleinlichem Hader und hartnäckigem Troß, er wird Widerstand und Feindseligkeiten auch da finden, wo er, sich selbst opfernd, mit dem besten Willen zu arbeiten und zu schaffen versucht.

Aber wie im Ausland, ist auch in Preußen die Empfindung weit verbreitet, daß bei der Militärfrage, welche wie zufällig zwischen Krone und Volk geworfen wurde, so viele Schäden des Staates zu Tage gekommen seien, daß zum Heil des Regentenhauses wie des Landes eine gründliche Besserung Noth thue. Diese Besserung ist nur von einem populären Ministerium zu hoffen, welches im Einklang mit der Majorität der Volksvertretung regiert, und den Widerstand eines reactionären Herrenhauses zu überwinden versteht. Unzweifelhaft hat die Krone das Recht, ihre höchsten Beamten zu wählen, unzweifelhaft hat die Volksvertretung das Recht, innerhalb der Beschränkung, welche die Verfassung auflegt, Staatsausgaben zu genehmigen und zu verweigern. Und die Volksvertretung wird, so lange die Regierung nicht die Selbstüberwindung gewinnt, Minister zu wählen, welche das Vertrauen der Majorität genießen, von ihrem Rechte entschiedenen und rücksichtslosen Gebrauch machen. Und sie wird durch den entschiedenen und rücksichtslosen Gebrauch ihres gesetzlichen Rechtes das höchste Interesse des Staates vertreten, und nicht weniger das höchste und theuerste Interesse des erlauchten Hauses der Hohenzollern. Denn der Preuße wünscht sich sein geliebtes Fürstengeschlecht zu erhalten, und er will nicht, daß es durch falsche Schritte und Verfassungsdeutungen in eine Lage komme, wie andere alte Fürstenhäuser des Continents, welche nicht verstehen wollten, welcher dauerhafter Segen in ein ehrliches Rechtsverhältniß zwischen Fürsten und Volk für die Fürsten ist.

Es ist ein hoffnungsloses Unternehmen, welches Herr v. Bismark auf sich geladen hat, eine Versöhnung des Gegensatzes, und wenn dies nicht glückt eine Beseitigung desselben herbeizuführen. Und der Weg, den er beschreitet, wird ebenso lehrreich für die Fürsten und ihre Minister als peinlich für ihn selbst werden. Ohne Zweifel wird er, wenn irgend möglich, die Krone zu einigen Concessionen an die öffentliche Meinung zu bewegen suchen. Aber selbst wenn ihm im letzten Augenblicke gelingt, was noch nicht fest steht, eine widerwillige Genehmigung der zweijährigen Dienstzeit bei der nächsten Session ein-

zubringen, wird er nicht einmal die Militärfrage, noch weniger den tiefen Conflict zwischen Regierung und Volksvertretung versöhnen. — Allerdings, er ist klüger als seine Vorgänger, er hat in Frankfurt und Paris nicht wenig gelernt. Er wird vorläufig versuchen, die öffentliche Meinung ein wenig zu redigiren, durch Beeinflussung der Presse, durch die Urbanität gegen Oppositionsmitglieder, welche dem Minister eines großen Staates so wohl ansteht, und durch ähnliche Hülfsmittel einer chevaleresken Natur. Aber er wird sehr bald erkennen, daß in der gegenwärtigen Lage des Staats diese Mittel ihre helfende Kraft verloren haben. Gegen die geschlossene Masse einer festen, zähen, erbitterten Opposition, welche ihrer eigenen Größe und Kraft sich noch kaum ganz bewußt ist, wird der heitere Schimmer eines weltmännischen Liberalismus, der ihn vor den übrigen Mitgliedern des Ministeriums auszeichnet, wirkungslos glänzen. Ob er eine Ahnung von der souveränen Stimmung hat, mit welcher die Führer der Opposition in Preußen, mit welcher das gesammte Ausland seine leichtherzige Betriebsamkeit betrachtet? Jedermann ist überzeugt, daß er sehr ungern sich zu einem Staatsstreich, und zu dem, was damit zusammenhängt, entschließen wird. Ein geschworener Eid ist immerhin keine kleine Sache, und seine Verletzung mag in irgend einer Zukunft folgenschwer werden. Aber alte Gegner trauen ihm zu, daß ihm dieser Schritt bei Allem, was er Hartnäckigkeit und Unverstand der Volksvertretung nennen mag, zuletzt unerläßlich scheinen wird und daß er das Staatsschiff mit der Leichtigkeit, welche ihn auszeichnet, in die Brandung führen wird. Seit Monaten predigt die Junkerpartei in ihren Blättern unermüdlich, daß eine Aenderung der Verfassung Noth thue, warum sollte er sich nicht zuletzt erinnern, daß er ja doch der Partei angehört, und daß die kleinen Angriffe, welche jetzt extreme Blätter dieser Richtung auf ihn zu machen veranlaßt waren, nicht mehr zeitgemäß sind? Er wird auf das Aussehen eines unbefangenen Beobachters der politischen Zustände verzichten müssen und sich dem ruhigen, gleichmäßigen, durch geistreiche Ideen nicht übermäßig beschwerten Gange einer massiven Reaction einfügen.

Tendenz und Zielpunkte dieser Reaction, welche nicht durch eine einzelne große Persönlichkeit getragen, sondern durch Stimmung und Wünsche sehr verschiedener einflußreicher Individuen geleitet wird, sind jetzt deutlich zu erkennen. Die Presse durch Gewaltmaßregeln abhalten, daß sie nicht die Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Ministerium vermehre, die liberalen Beamten durch Versetzungen und Amtsentlassungen einschüchtern, damit sie sich von dem Verfassungsleben des Volkes entfernt halten, das Haus der Abgeordneten von den besonnenen Mitgliedern, welche im Staatsdienst stehn, säubern, damit die schlechte Gesinnung desselben durch radicale Wahlen um so auffälliger werde und der Regierung ein Recht gebe, dem Volke gegenüber die Unbrauchbarkeit des Abgeordnetenhauses hervor zu heben; in alle einflußreichen

Polizei- und Verwaltungsstellen mit höchster Consequenz eifrige Diener des neuen Systems einsetzen, damit die Ueberwachung des Volkes zuverlässiger und energischer werde, durch solche Mittel den Moment vorbereiten, wo die gegenwärtige Verfassung sich als durchaus unverträglich mit dem Wohl des Staates erweise — so etwa ist der Plan, welcher mit seinen Hintergedanken mehr oder weniger deutlich durchgedacht wurde, für dessen Verwirklichung man bereits kräftige Anläufe genommen hat.

Es ist wahr, der Plan und sein Ziel ist im Ganzen von beschränkten Menschen ausgedacht, und Herr v. Bismark ist weit davon entfernt, eine solche systematische menschenfeindliche Reaction zu wünschen, — wenn sie irgend vermieden werden kann. Sie wird für ihn nicht gar zu vermeiden sein. Er hat auch unter den Altliberalen einzelne Freunde, welche ihm Besseres zutrauen: Daß ihm bei seinen alten Parteigenossen unheimlich werde, daß er unter allen Umständen eine große demonstrative Vernichtung der Verfassung vermeiden werde. Solcher Unthat widerstehe ja auch das wiederholt gegebene Wort des Königs. Man wird die Verfassung nur interpretiren, wie man bereits gethan hat. Man wird versuchen müssen, ohne Budget fortzuregieren. Was das Herrenhaus einmal gethan hat, kann es ja wieder thun. Zulezt geht darüber Zeit hin und irgend eine äußere Verwicklung bringt Gelegenheit zu der großen Action, von welcher schon seit Jahren die Rede ist, welche Preußens Stellung gänzlich umwirft, die Gegner der Regierung zum Schweigen bringt und wieder eine neue Zeit über Preußen heraufführt.

Wir fürchten, die Aerzte des Staats werden vergebens auf ein äußeres Ereigniß warten, welches wohlthätig den kranken Körper des Staates mit neuer Lebenskraft erfüllt. Es ist eine trostlose und sehr gefährliche Ansicht, vom Auslande eine Heilung innerer Schäden zu erwarten, welche die Regierung in friedlicher Zeit zu heilen nicht im Stande ist. Es ist vergebliche Hoffnung, eine neue Kraftentwicklung, Wärme, Hingabe, Begeisterung von einem Volke zu erhoffen, welches so lebhaft fühlt, daß die Erkrankung eines kräftigen Staates nicht besser gehoben werden kann, als durch Entfernung des gegenwärtigen Ministeriums. Es ist endlich eine sanguinische Annahme, daß die Mächte Europas dem gegenwärtigen Preußen irgend einen selbständigen Antheil an der Regelung irgend welcher europäischen Verhältnisse gestatten werden. Nur falsche Schritte, welche den Staat in neue Gefahren stürzen, werden mit Schadenfreude zugelassen werden. Und nach welcher Richtung will das Ministerium in Deutschland und Europa Thatkraft erweisen? In Hessen? gegen Dänemark? Denn höher hinauf denkt wohl Herr v. Bismark selbst nicht. Nun, wenn ihm gelänge, alles Widerstrebende zu überwinden und einige Armeecorps in Bewegung zu setzen, die tiefe, gewaltige Abneigung, welche die große Majorität der Preußen gegen die gegenwärtige Regierungskunst empfindet, wird er dadurch nicht aufheben. Er würde

selbst durch Erfolge mit dem System, dem er zu dienen bestimmt ist, nicht versöhnen. Und wie sehr man von der Tapferkeit des preussischen Heeres überzeugt sein mag, das Blut wackerer Soldaten wird vergebens vergossen werden, so lange der Gegensatz zwischen Krone und Volk nicht durch aufrichtige und innige Versöhnung beendet ist. Denn was auch im Felde durch Waffen durchgesetzt werden könnte, das wird gerade wie 1848 und 1849 durch die diplomatischen Niederlagen vereitelt werden. Das gegenwärtige Preußen ist zur Unbedeutendheit nach außen verurtheilt, so lange seine Krankheit, das Uebergewicht des Junkerthums, besteht.

Allerdings sieht Jedermann in Europa das Leiden des preussischen Staates für ein vorübergehendes an. Allerdings zeigt der Staat auch noch in seiner Entwicklungskrankheit ein Wesen, welches Theilnahme und Interesse einflößt. Und betrachtet man unbefangen vom Standpunkt eines preussischen Patrioten die Lebensäußerungen, welche in diesem Jahre von Preußen ausgingen, so sind es nicht die Maßregeln der Krone, welche der Völkerfamilie Europas irgendwie imponirt haben, noch weniger eine Operation des Herrn v. Bismark und seiner Collegen, sondern Intelligenz und Patriotismus, deutsche Gesinnung und Verständniß der Bedürfnisse des Staates, welche an der Opposition, in der Presse, den Abgeordneten und Parteiführern zu achten sind. Die preussische Oppositionspresse hat männlich und unbeirrt durch Verfolgungen, ja zuweilen mit ausgezeichnetem Talent ihre Pflicht gethan. Das preussische Abgeordnetenhaus hat — eine einzige Frage ausgenommen — trotz der großen Anzahl neuer Mitglieder eine Tüchtigkeit und feste Haltung gezeigt, welche überall in Deutschland und im Auslande mit dem lebhaftesten Beifall begrüßt wurde. Während die gegenwärtige Regierung Deutschland gegenüber auf eine ruhmlose Vertheidigung angewiesen ist, haben die Patrioten der preussischen Partei für Idee und Zweck des preussischen Staates, wie sie sein sollten und nicht sind, Tausende von Anhängern gewonnen. Während das Ministerium den wichtigsten innern Organisationsfragen des Staates, wegen einer ungeschickt behandelten Frage rathlos gegenüberstand, oder in falscher Stellung; haben Männer der Opposition für das Wohl der arbeitenden Classen mit einer Hingabe gearbeitet, die von Millionen als die größte Wohlthat und das beste Geschenk, welches die Gegenwart der Zukunft macht, betrachtet wird. Die zahlreichen Aeußerungen des officiellen Preußens, die mündlichen und schriftlichen, welche wir in diesem Halbjahr zu lesen hatten, wiegen schwerlich Werth und Bedeutung der einen Rede auf, welche ein verhaftetes Mitglied der Opposition vor einer Versammlung von Arbeitern hielt. Das Verständniß dessen, was dem Volke Noth thut, und was dem Staate Noth thut, scheint den Deutschen gerade bei der Opposition zu sein, welcher die Hospartei vorwirft, sie wolle das stehende Heer abschaffen und den Staat ruiniren. Nach der Meinung von ganz Europa ist es diese Opposition, welche jetzt kräftiger als jede andere Gewalt die Mannhaftigkeit des

preussischen Staates vertritt, und das, was noch Vertrauen zu der Zukunft Preussens einflößt.

Das neue Jahr wird die Männer dieser Opposition aufs Neue in der Hauptstadt versammeln. Was seit dem Ende der vorigen Session geschehen ist, kann sie nicht nachgiebiger gemacht haben. Sie sind durch kleine Concessionen nicht zu gewinnen, durch halbe Maßregeln nicht zu versöhnen. Der Kampf, welchen sie führen, das Gesetz in der Hand, ein maßvolles Rechtsgefühl im Herzen, mag kürzere oder längere Zeit dauern, aber er wird enden mit dem Siege der nationalen Partei und damit, daß Preußen zum Glück und Segen für sein Königshaus, zum Glück und Segen für das Volk eine durchaus parlamentarische Regierung erhält. ♀

Literatur.

Handbuch der protestantischen Polemik gegen die römisch-katholische Kirche. Von Dr. Karl Hase. Leipzig, Druck und Verlag von Breitkopf und Härtel. 1862.

Eine ausführliche Darstellung und Kritik römisch-katholischer Lehre und Sitte, welcher gegenüber das protestantische Wesen nur insofern berücksichtigt ist, als es dazu den Gegensatz bildet. Veranlaßt wurde die Arbeit zunächst durch Möhlers „Symbolik“, die manche Gegenschrift, aber keine solche hervorgerufen hat, welche eine dem Werke Möhlers gleichkommende Bedeutung erlangt hätte. Ein Handbuch der Polemik wurde sie genannt, weil sie Alles zusammenfassen sollte, was von Chemnitz an bis auf die Gegenwart von Seiten des Protestantismus gegen die römische Kirche und Lehre Berechtigtes vorgebracht worden ist. Nächst Möhler bekämpft das Buch noch hauptsächlich vier hervorragende katholische Theologen: Bellarmin, den größten Polemiker, den Rom im Jahrhundert der Reformation hatte, Perrone, der ähnliche Bedeutung in der Gegenwart beansprucht, Klee, dessen Dogmatik in der Zeit des hermeseischen Streites das Lob der Rechtgläubigkeit erwarb, endlich Döllinger und dessen neueste Streitschrift. Diese Fünf treten in dem Werke in ihrer Eigenschaft als Advocaten auf. Die Lehre der katholischen Kirche schöpft es zunächst aus den Decreten der Synode von Trient und dem tridentinischen Glaubensbekenntniß, dann aus dem Catechismus Romanus, endlich aus den durch ökumenische Concilien mit päpstlicher Zustimmung als orthodox anerkannten Lehrmeinungen vortrientinischer Kirchenväter und Scholastiker. Das Ganze zerfällt in drei Bücher, deren erstes sich mit der römischen Lehre von der Kirche und den Begriffen Katholicismus, Einheit und Unfehlbarkeit der Kirche, mit deren Privilegium allein fertig zu machen, der Stellung Roms zur Tradition und zur Bibel, den Dogmen vom Priesterthum und Cölibat, endlich mit dem Papst als Pontifex Maximus und als weltlichem Herrscher beschäftigt. Das zweite Buch hat es dann mit der Heilslehre